

Antwort der SPD Bielefeld zu den frauenpolitischen Wahlprüfsteinen des Bundes der Frauenvereine zur Kommunalwahl in Bielefeld am 13.09.2020

Vorbemerkung:

Gleichberechtigung und Gleichstellung sind der SPD Bielefeld ein wichtiges Anliegen. Gleichwohl ist uns bewusst, dass die Gleichberechtigung und Gleichstellung der Geschlechter bislang (noch) nicht erreicht ist. Deshalb findet sich im Wahlprogramm der Bielefelder SPD, im Bielefeld Plan das Kapitel: „Eine geschlechtergerechte Stadt werden“.

Themenkomplex 1 Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Care Arbeit

- 1.1 Die pflegenden Angehörigen – in der Mehrheit Frauen- leisten einen unverzichtbaren Dienst an ihren Liebsten und an unserer Gesellschaft. Wir wollen, dass die Stadt die Anerkennungskultur für pflegende Angehörige weiter ausbaut, die Selbsthilfegruppen unterstützt und für Entlastungsangebote sorgt. Die „Woche der pflegenden Angehörigen“ ist ein tolles Angebot und muss auf jeden Fall fortgeführt werden. Wir wollen noch mehr Tagespflegeeinrichtungen und Kurzzeit Pflegeplätze. Zusammen mit den Anbietern und Trägern der freien Wohlfahrtspflege sind diese Angebote auszubauen. Wir wollen in bestimmten Kitas längere und flexiblere Öffnungszeiten einrichten, damit Eltern leichter Beruf und Familie vereinbaren können. In jedem Stadtteil soll es bedarfsgerecht solche Angebote geben. Wir werden dabei die Interessen der Eltern, das Kindeswohl und auch die Arbeitsbedingungen für die Erzieher*innen in Einklang bringen.
- 1.2 In der Debatte um Flexibilisierung der Arbeit sind Gewerkschaften die treibenden und wichtigen Kräfte – mit Ihnen stehen wir im ständigen Austausch. Insbesondere Regelungen zu Homeoffice müssen aber noch stärker gleichstellungspolitisch diskutiert werden, da insbesondere von Frauen erwartet wird, dass sie Kinderbetreuung und Erwerbsarbeit zu Hause vereinbaren können. An dieser Debatte wollen wir uns auch als SPD stark beteiligen.
- 1.3 Die Stadt Bielefeld ist Mitglied im Bündnis für Familien. Darüber gibt es gute Kontakte zu Kammern, Wirtschaft und Handel. Über die Gleichstellungsstelle setzt sie sich für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein. Diese Netzwerkarbeit halten wir für unverzichtbar. Sie soll gestärkt und ausgebaut werden. Außerdem genießt für uns die Weiterentwicklung des Konzepts „Familienfreundliches Bielefeld“ in den nächsten Jahren eine hohe Priorität. Die Gleichberechtigung ist zudem ein wichtiges Thema für unser Engagement im Jobcenter. Zur Gleichberechtigung gehört aber auch die vermehrte Übernahme von Elternzeit und Carearbeit durch Väter. Hier können beispielsweise flexiblere Arbeitsverhältnisse, offenere Arbeitgeber*innen und Aufklärungskampagnen helfen.
- 1.4 Grundsätzlich soll Geschlechtergerechtigkeit ein zentraler Faktor bei der Vergabe kommunaler Aufträge und sonstiger Leistungen sein. Für einzelne Vergaben ist es durchaus denkbar, das Equal Care Manifest zur Bedingung zu machen.

Themenkomplex 2 Frau und Wirtschaft

2.1 Als öffentliche Arbeitgeber*in hat die Stadt Bielefeld eine Vorbildfunktion. Deshalb streben wir an: Die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern bei der Stadt Bielefeld und die gleichberechtigte Repräsentation der Geschlechter in allen Besoldungs- und Entgeltgruppen. Das bedeutet auch: Mehr Frauen in Führungspositionen in der Stadt. Wir wollen die Netzwerkarbeit der WEGE, des Kompetenzzentrums Frau und Wirtschaft OWL stärken. Die Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen schafft Vorbilder und ist wesentlicher Teil der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen. Es verändert auch die Strukturen. Das wollen wir voranbringen. Wir wollen prüfen, inwiefern durch die Rege Projekte initiiert werden können, die geschlechterstereotypes Berufswahlverhalten ändern.

2.2 siehe Antwort auf Frage 2.1

2.3 Es gibt über die WEGE das Angebot „Gründen und Wachsen“. Dieses richtet sich besonders an Frauen. Hier kooperieren die Rege, die Gleichstellungsstelle der Stadt Bielefeld, das Kompetenzzentrum Frau und Wirtschaft, das Bielefelder Bündnis für Familie, und es gibt last but not least, dafür Ansprechpartnerinnen. Wir halten dieses Angebot für unverzichtbar und setzen uns dafür ein.

2.4 Voraussetzung hier ist als erstes ein gutes Kita und OGS Angebot, damit alleinerziehende Frauen ihrer Arbeit nachgehen können. Dafür machen wir uns stark. Wir wollen nicht nur mehr Kitas, sondern auch bedarfsgerechte Angebote in jedem Stadtteil für längere und flexiblere Öffnungszeiten. Auch die offene Ganztagschule muss weiter ausgebaut werden. Die Möglichkeit einer Ausbildung in Teilzeit sollte bekannter gemacht werden.

2.5 Um zugewanderte Frauen und Mädchen in den Arbeitsmarkt zu integrieren, wollen wir mit Unterstützung des Bundes, sowie des Landes NRW eine berufliche Bildungsinitiative initiieren.

Themenkomplex 3 Die Stadt und kommunale Betriebe als Arbeitgeber*innen

3.1 Ja, wir befürworten nicht nur die Einführung einer Quote bei Aufsichtsrat, Beteiligungsgesellschaften. Wir setzen uns für eine paritätische Besetzung städtischer Gremien und Unternehmen ein und gehen mit gutem Beispiel bei von uns zu besetzenden Gremien voran.

3.2 Die Vereinbarkeit von Beruf mit Familie, Pflege und Care-Arbeit kann über verschiedene Angebote verbessert werden. Wir setzen auf flexible Arbeitszeitregelungen und Home-office Möglichkeiten. Jeder Fall ist anders. Dem will Pit Clausen mit einer modernen Personalpolitik gerecht werden.

3.3 Unsere Stadt Bielefeld und die Region OWL hält Aktionen und Angebote ausschließlich für Mädchen/junge Frauen im MINT Bereich vor. Denn noch steigt der Anteil langsam. Es ließe sich prüfen, ob über die Rege in Zusammenarbeit mit dem in Bielefeld ansässigen Kompetenzzentrum für Technik-Diversity-Chancengleichheit e.V. der MINT Bereich noch stärker an Mädchen/junge Frauen herangetragen werden kann. Eine Möglichkeit, den Frauenanteil im IT-Bereich in kommunalen Unternehmen zu erhöhen, wäre die Anwendung

des von der letzten rot-grünen Landesregierung reformierten Landesgleichstellungsgesetzes gewesen. Das sah vor, bevorzugt Frauen bei gleicher Eignung und Befähigung zu befördern, wenn der männliche Anteil höher liegt als der weibliche Anteil. Leider hat die jetzige schwarz-gelbe Landesregierung gleich nach Regierungsübernahme das LGG an dieser Stelle entschärft.

Themenkomplex 4 Finanzen

4.1 und 4.2 Wir setzen uns für die Gleichstellung von Mädchen und Frauen ein, wollen strukturelle Benachteiligungen beseitigen und die Teilhabechancen und Lebensperspektiven verbessern. Das Gender Budgeting erscheint uns dabei auf kommunaler Ebene nicht zielführend. Zum einen löst es kein konkretes Thema. Und zum anderen vergrößert es die Komplexität des städtischen Haushaltsplans, der ohnehin schon für Bürger*innen und ehrenamtliche Politiker*innen nur schwer durchschaubar ist. Hilfreicher sind konkrete und regelmäßig überarbeitete Förderpläne und aktuelle Gleichstellungsberichte.

4.3 - mehr Frauen in Führungspositionen

- Familienfreundlichkeit
- Geschlechterparität in Aufsichtsräten und Beteiligungsgesellschaften
- Kampagne für Punkt 3.2 und 5.1

4.4 Schon seit vielen Jahren unterstützt die SPD die Arbeit der mädchen- und frauenspezifischen Einrichtungen in Bielefeld. Dies werden wir auch in Zukunft tun. Durch unsere Haushaltskonsolidierung der letzten Jahre sind wir nun in der Lage, verstärkt wieder Geld für wichtige Projekte in die Hand zu nehmen. Diesen Spielraum wollen wir nutzen.

Themenkomplex 5 Digitale Stadt

5.1 Wir werden prüfen, inwieweit mit dem in Bielefeld ansässigen Kompetenzzentrum für Technik- Diversity-Chancengleichheit und Unternehmen vor Ort eine Kampagne entwickelt werden kann, die die Gleichstellung der Geschlechter und die Chancengleichheit voranbringt.

5.2 Wir sehen gerade in der Digitalisierung Chancen für eine gute Bürger*innenbeteiligung. Eine Form wäre, offene Angebote für unterschiedliche Zielgruppen, Frauen, Jugend, Senior*innen. Um Hemmschwellen abzubauen setzen wir uns für entsprechende Fort- und Weiterbildungen ein. Aber auch der Zugang zur Digitalisierung muss dafür überall ausreichend vorhanden sein. Deshalb wollen wir in den nächsten Jahren in den Ausbau der digitalen Infrastruktur investieren.

5.3 Cyber Harassment zu verhindern geht zum einen durch einen verantwortlichen Umgang mit digitalen Medien. Diesen zu lernen muss weiterhin Teil der offenen Kinder- und Jugendarbeit sein. Außerdem sind städtische Aufklärungskampagnen denkbar, die das Erkennen und den Umgang mit digitalem Harassment und Mobbing als Ziel haben.

Themenkomplex 6 Öffentlicher Raum und Sicherheit

6.1 Die Beteiligung von Bürger*innen liegt uns am Herzen. Gerade in der Stadtplanung und Stadtentwicklung ist sie ein wichtiges Instrument. Digitale Beteiligungsformate für diesen Themenbereich von Frauen für Frauen bietet aus unserer Sicht eine gute Möglichkeit hin zu einer geschlechtergerechteren Stadtplanung und Stadtentwicklung. Aber auch mehr Frauen in der Kommunalpolitik, die sich in diesem Bereich engagieren, können gemeinsam mit diesen Beteiligungsformen zu einer Veränderung im Stadtentwicklungsbereich führen.

6.2 Wir wollen dafür sorgen, dass für alle Bielefelder*innen wohnortnah die wichtigsten Einrichtungen des täglichen Lebens erreichbar sind. Dazu gehört der nahe Zugang zu Ärzt*innen, Märkten, Nachbarschaftstreffs, Vereine, Pflegediensten, Kitas, Schulen, also kurze Wege und eine dezentrale Infrastruktur. Unser Staat hat die UN Behindertenrechtskonvention unterzeichnet. Damit ist es kommunaler Auftrag die Barrierefreiheit umzusetzen. Sogenannte „Angsträume“ müssen identifiziert und dann sicher gemacht werden. Hierbei sollten wir Mädchen und Frauen über das Instrument digitaler Bürger*innenbeteiligung mit einbeziehen. Parks und andere Orte, die im dunklen zu Angsträumen werden können, wollen wir besser ausleuchten.

Themenkomplex 7 Wohnen und Umwelt

7.1 Es gibt in Bielefeld einige Wohnprojekte die sich speziell an Frauen richten, wie die Beginenhöfe in der Senne. Wir stehen diesen Angeboten aufgeschlossen gegenüber, sollten jedoch prüfen, wie groß die Nachfrage dieser Angebote ist, und dabei Frauen und Mädchen beteiligen. Mit Hilfe von Baugenossenschaften und Inverstor*innen ließen sich die Angebote realisieren. Im Grundsatz wollen wir durch die Schaffung von weiterem Wohnraum, wovon ein Drittel öffentlich gefördert und damit auf jeden Fall bezahlbar sein soll, die Wohnungsknappheit verringern.

7.2 Grundsätzlich lautet unser Leitbild: Lieber in bestehenden Wohnvierteln Baulücken nutzen, als am Stadtrand bauen. Dort wo es ins Stadtbild passt, wollen wir auch höher bauen lassen, zum Beispiel durch zusätzliche Geschosse über Supermärkten. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass schon länger bestehendes Baurecht auch tatsächlich genutzt wird (Baugebot). Dazu wollen wir, sobald rechtlich möglich, die Grundsteuer C auf unbebaute Grundstücke mit geltendem Bebauungsplan anwenden. Das wird voraussichtlich nicht ausreichend sein, um dem Bedarf hinterher zu kommen. Dazu sollen auch neue Flächen genutzt werden, die wir aber effizient und sparsam nutzen wollen. Das bedeutet, dass wir modernen und attraktiven Geschosswohnungsbau den Flächenverbrauchenden Einfamilienhaussiedlungen vorziehen.

7.3 Wir verstehen uns als Beteiligungspartei. Gerade bei stadtplanerischen Vorhaben ist die Einbeziehung der Bürger*innen ein gutes Instrument, das wir im Zuge der Konversion auch schon erfolgreich eingesetzt haben. Wir werden die Beteiligungskultur weiterentwickeln und nehmen uns für die nächste Ratsperiode vor, eine Beteiligungsstrategie zu entwickeln. Uns ist dabei wichtig auch diejenigen einzubeziehen, die sich nicht am lautesten einbringen können. Beispielsweise indem bei der Beteiligung unterschiedliche Uhrzeiten, Kinderbetreuung oder Online-Formate zum Einsatz kommen.

7.4 Wir verstehen die Wohnungsbaugenossenschaften als Partnerinnen für lebenswerte Wohnviertel. Wir wollen, dass diese Partnerschaft zwischen Stadt und

Wohnungsbaugenossenschaften noch enger wird. Gemeinsam mit ihnen und den vielen sozialen Einrichtungen wollen wir mehr alternative Wohnformen wie betreutes Wohnen, Mehrgenerationenwohnen überall in der Stadt ausbauen. Durch die Förderung alternativer Wohnformen, wollen wir zudem auch Altengerechtes Wohnen attraktiver gestalten.

7.5 Wir haben die Ausrufung des Klimanotstandes in Bielefeld unterstützt. Als Konsequenz daraus sollen die städtischen Gebäude schneller umweltverträglich saniert werden. Dabei wenden wir schon heute bei vielen Projekten ökologisch verträgliche Baustandards an. Für Neubaugebiete wollen wir die klimaneutrale Energieversorgung, einen höheren Grünanteil und den Schutz der Bäume sowie Dachbegrünung stärken. Beim Städtebau wollen wir stärker auf eine klimawandelresistente Bauweise achten.

Themenkomplex 8 Beratung und Hilfe von Gewalt betroffenen Mädchen und Frauen

8.1 Bielefeld verfügt über zwei Frauenhäuser, Frauenberatungsstellen und als einzige Stadt NRW weit über das Mädchenhaus und die Mädchenberatungsstelle, die sowohl kommunal als auch landesseitig gefördert werden. Dieses unverzichtbare Angebot gilt es sicher zu stellen und sichtbarer zu machen. Da hier für uns nicht ersichtlich ist, um welche projektfinanzierten Angebote unter diesem Punkt handelt, ist eine aussagekräftige Antwort nicht möglich.

8.2 An dieser Stelle sei anzumerken, dass gerade Angebote für traumatisierte Mädchen und Frauen mit Fluchterfahrung weggebrochen sind, weil die unter rot-grün eingestellten Mittel unter der jetzigen Landesregierung nicht weiter zur Verfügung gestellt wurden. Das gilt leider auch für das Projekt „Trauma - Leben im Alter“. Die SPD hat sehr für den Erhalt dieser Angebote gekämpft. Eine Kommune kann unserer Ansicht nach, diese Angebote nicht ausschließlich finanzieren.

8.3 Seit 2018 gilt in Bielefeld den Aktionsplan „LSBTIQ*“, der nicht nur konkrete Maßnahmen in allen Handlungsfeldern beschreibt, sondern darüber hinaus auch mit Haushaltsmitteln hinterlegt ist. Dieser Aktionsplan beinhaltet die vom Bund der Frauenvereine angesprochenen Maßnahmen. Es ist für die SPD Bielefeld von außerordentlicher Bedeutung in diesem Themenfeld – gerade in Zeiten wie diese- keine Abstriche zu machen. Vielfalt ist in Bielefeld ausdrücklich erwünscht, und fördert ein weltoffenes menschenfreundliches und liberales Miteinander!

Themenkomplex 9 Repräsentanz von Frauen

9.1 Frauen werben Frauen. Ja, der Frauenanteil muss noch höher werden für kommunalpolitische Mandate. Da Parteien ihre Kandidierenden aufstellen, brauchen wir in der Partei noch mehr Frauen, mit dem Mut zum Mandat. Der Mut der Frauen ist sicher da größer, wo viele Frauen kandidieren, und sie nicht alleine sind. Und Frauen sollten sich in allen Politikfeldern engagieren. Geschlechterparitätisch besetzte Räte und Bezirksvertretungen spiegeln die gesellschaftliche Realität wider und bereichern das politische Geschäft. Daran zu arbeiten ist unser Auftrag.

9.2 Frauen müssen bei der Vergabe dringend mehr Berücksichtigung finden und deshalb liegt bei einer nächsten Vergabe unsere Priorität auch darauf, eine Frau auszuzeichnen. Es ist Aufgabe von Organisationen, also auch Parteien, bedeutende Frauen als Ehrenbürger*innen, aber auch Ehrenringträgerinnen vorzuschlagen. Sollte der Bund der Frauenvereine Namen herausragender Bielefelderinnen haben, setzt sich die SPD Bielefeld mit ihrem OB gerne dafür ein, mehr Frauen für besonderen Auszeichnungen nicht nur vorzuschlagen, sondern sie auch damit zu ehren.